

ANTWORTEN DER CDU

Die Original-Antworten der CDU (Christlich Demokratische Union) auf unsere fünf Fragen – im Wortlaut, ungekürzt.

FRAGE 1/5 · JUSTIZ & POLIZEI · KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

VERBRECHER JAGEN MIT KI?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Justiz und Strafverfolgung arbeiten zunehmend mit automatisierten Datenanalysen und KI-Software.

- a) Welche konkreten KI-Anwendungen wollen Sie in der Strafverfolgung (Polizei und Justiz) einsetzen? Schließen Sie bestimmte Anwendungen ausdrücklich aus?
- b) Wie wollen Sie dabei Transparenz und die Rechte unbeteiligter Dritter schützen?



Christlich Demokratische Union

Wir setzen auf den Ausbau technischer Ermittlungsinstrumente, um Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Dazu gehören KI-gestützte Datenanalysen zur Bekämpfung von Geldwäsche, der Einsatz spezialisierter Auswertesoftware (z.B. EncroChat, SkyECC) sowie die rechtssichere Speicherung von IP-Adressen. Im Sinne einer effektiven Strafverfolgung ist dabei auch die Zusammenarbeit sowie insbesondere der Datenaustausch zwischen allen beteiligten Behörden weiter zu verbessern.

BELEBTE PLÄTZE, (UN)SICHERE PLÄTZE?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie an belebten und beliebten öffentlichen Plätzen, die oft auch „kriminalitätsbelastete Orte“ (kbo) sind, die Sicherheit erhöhen?

Bitte nennen Sie die drei wichtigsten Maßnahmen und begründen diese.



Christlich Demokratische Union

Um die Sicherheit an belebten öffentlichen Plätzen und Kriminalitätsschwerpunkten zu erhöhen, setzen wir auf eine Kombination aus erhöhter Polizeipräsenz, moderner Technik und besserer Ausstattung. Wir werden den Einsatz von Videotechnik an allen kriminalitätsbelasteten Orten weiter ausbauen und setzen dabei auch auf intelligente Systeme, die im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundlagen einen wirksamen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten.

Neben der konsequenten Nutzung der neuen Befugnisse der Polizei zur Kontrolle öffentlicher Räume durch Videotechnik müssen Polizeibeamte auch verdachtsunabhängig Personenkontrollen durchführen können. Dazu ist mehr Flexibilität in Bezug auf die Festlegung kriminalitätsbelasteter Orte durch die Polizei erforderlich. Wir werden daher dafür sorgen, dass ein kriminalitätsauffälliger Raum unter bestimmten Voraussetzungen auch kurzfristig zu einem kriminalbelasteten Ort erklärt werden kann, um kriminellen Entwicklungen frühzeitig zu begegnen.

Die von uns eingeführte Polizeiwache am Kottbusser Tor hat zu einem klaren Rückgang der Gesamtkriminalität vor Ort geführt. Gleichzeitig stärkt die sichtbare Präsenz der Einsatzkräfte das Sicherheitsgefühl der Menschen am Kotti. Aufbauend auf diesen positiven Erfahrungen setzen wir uns auch für eine Polizeiwache am Leopoldplatz ein, um insbesondere der Drogenkriminalität entschlossen entgegentreten und die Sicherheit im Kiez weiter zu verbessern.

WELCHES POLIZEIGESETZ BRAUCHT BERLIN?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Wo sehen Sie nach der umfassenden Novelle des ASOG 2025 dringenden Reformbedarf?

Bitte nennen Sie die drei wichtigsten Gesetzesänderungen und begründen diese.



Christlich Demokratische Union

Wir werden die Berliner Polizei konsequent weiter modernisieren und sie fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen. Mit der umfassenden Reform des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) haben wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Polizei technologisch auf die Höhe der Zeit zu bringen und ihre Handlungsmöglichkeiten deutlich zu erweitern. Dazu zählen insbesondere der flächendeckende, videodokumentierte Einsatz von Tasern, der Einsatz intelligenter Videotechnik an gefährlichen und gefährdeten Orten – gerade auch im Bereich kritischer Infrastruktur – sowie die Einführung der elektronischen Fußfessel zur Überwachung gefährlicher Gewalttäter. Darüber hinaus haben wir den Weg für den umfassenden Einsatz Künstlicher Intelligenz bei der Auswertung polizeilicher Daten geebnet und die vollständige Digitalisierung der Arbeitsprozesse zwischen Polizei, Justiz und Verwaltung vorbereitet. Unser Anspruch ist klar: Was rechtlich möglich ist, muss jetzt auch praktisch Realität in unserer Stadt werden.

VERFASSUNGSSCHUTZ ABSCHAFFEN?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Berliner Verfassungsschutzes? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.
- b) Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?



Christlich Demokratische Union

Wir stehen für einen starken Verfassungsschutz, der rechtlich und technisch über die nötigen Möglichkeiten verfügt, um Personen, die eine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen, bereits im Vorfeld möglicher Gewalttaten zu beobachten. Wir werden die rechtlichen Grundlagen schaffen, um dem Verfassungsschutz erweiterte Befugnisse zur Extremismusbekämpfung zu ermöglichen. Dies umfasst die Prüfung von Zugriffsmöglichkeiten auf Kommunikationsdaten und Videoaufnahmen im öffentlichen Raum – stets unter strikter richterlicher Kontrolle und unter Wahrung des Trennungsgebots. Wo landesrechtliche Regelungen nicht ausreichen, werden wir entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen. Darüber hinaus wollen wir die Fähigkeit des Verfassungsschutzes stärken, Verflechtungen zwischen Organisierter Kriminalität und extremistischen Strukturen frühzeitig zu erkennen und systematisch auszuwerten. Wir setzen uns für die Einbeziehung der Verfassungsschutzbehörden bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ein und wollen dafür das Verfassungsschutzgesetz ändern. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit mit Polizei und Strafverfolgungsbehörden verbessern und klare rechtliche Grundlagen für den Informationsaustausch schaffen.

BESSERES LEBEN IM GEFÄNGNIS?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

- a) Sind Sie für eine Aufhebung der Strafantragspflicht im Berliner Vollzugsvertrag in der nächsten Legislaturperiode?
- b) Was sind Ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und zur Resozialisierung?



Christlich Demokratische Union

Fahren ohne Fahrschein ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Wer Bus und Bahn nutzt, ohne zu bezahlen, schädigt die Allgemeinheit und die Verkehrsbetriebe. Eine Entkriminalisierung lehnen wir daher ab – sie wäre ungerecht gegenüber allen ehrlichen Fahrgästen.

Ein zeitgemäßer Strafvollzug bildet für uns die unverzichtbare Grundlage für Sicherheit, Recht und Ordnung sowie eine erfolgreiche Resozialisierung, die Rückfälle verhindern kann. Ziel ist es, die Sicherheit in den Einrichtungen zu gewährleisten und den Gefangenen gleichzeitig durch gezielte Bildungsangebote sowie Arbeitsprogramme eine klare Perspektive für ein straffreies Leben nach der Haft zu bieten. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass der Übergang in die Freiheit durch eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden bestmöglich begleitet wird. Die Justizvollzugsanstalten in Berlin werden wir weiter modernisieren. In diesem Sinne treiben wir auch den Umbau und die Grundsanierung der Teilanstalt III der JVA Tegel weiter voran.



Die Antworten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien – Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD – sind ein Teil der Wahlprüfsteine der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union Berlin-Brandenburg.

Alle Parteiantworten, die Positionen der HU dazu und Informationen über unsere Veranstaltungen im Wahlkampf finden Sie hier: www.wahl26.berlin

Weitere Informationen über die HU Berlin-Brandenburg finden Sie hier: berlin.humanistische-union.de

Politische Arbeit kostet Geld. Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Unsere Bankverbindung:

Konto IBAN: DE233702050000003074230

BIC: BFSWDE33XXX (SozialBank)